

Behörden bekommen Masken-Chaos nicht in den Griff

Foto: Eric Engel

von Laurent Schmit

24. August 2020

FFP2-Masken sollen Risikopatienten, Ärzte und Pfleger vor dem Coronavirus schützen. In Luxemburg sind aber weiterhin Masken zweifelhafter Qualität im Gebrauch. Trotz Verbot verkaufen Händler weiter nicht-konforme Produkte. Die Regierung reagiert zu spät und zu zögerlich.

Es wirkte wie eine kleine Randnotiz mitten im August. Die „Direction de la Santé“ rief vergangene Woche Atemschutzmasken zurück, die die Behörde zuvor unter anderem an Zahnärzte verteilt hatte, berichtete RTL. Tests ergaben, dass die Masken nicht die Filterwirkung hatten, die vorgeschrieben ist. Träger waren einem erhöhten Infektionsrisiko ausgesetzt.

270.000 mangelhafte Masken hatte die „Santé“ verteilt. Allerdings seien die meisten noch nicht benutzt worden, heißt es auf Nachfrage vom Gesundheitsministerium.

Dieser Rückruf überrascht. Mitte Juli fragte der CSV-Abgeordnete Claude Wiseler die Regierung, wie sie mit dem Problem mangelhafter und gefälschter Masken umgehe - mit Bezug auf Recherchen von REPORTER. Die Antwort von Gesundheitsministerin Paulette Lenert und Wirtschaftsminister Franz Fayot Anfang August: Die Regeln seien klar und seit Ende des „état de crise“ habe es keine Probleme mehr gegeben.

Rückruf im August, trotz Warnung im März

Diese Angaben waren bestenfalls beschönigend. Denn Zweifel an der Qualität der Atemschutzmasken, die der Staat einkaufte, erwähnen die beiden LSAP-Minister nicht. Dabei ließ die „Santé“ im Juli Masken in einem belgischen Labor testen. Dazu kommt: Die zuständige Behörde Ilnas hat große Mühe, nicht-konforme Masken aus dem Einzelhandel zu ziehen, wie Recherchen von REPORTER zeigen.

Vom Rückruf der „Santé“ sind Masken der Marken „Anhui Changli“ und „Jinlilais“ betroffen. Die mangelhafte Qualität letzterer ist aber nicht neu: Die niederländische Gesundheitsinspektion warnte bereits am 31. März vor Produkten des Herstellers „Putian Jinlilais Clothing Weaving“.

Mit dem Rückruf entsteht dem Staat bei einem Einkaufspreis von leicht unter zwei Euro pro Maske ein Schaden von schätzungsweise 500.000 Euro. Der Staat prüfe rechtliche Schritte gegen den Verkäufer der mangelhaften Produkte, betont das Gesundheitsministerium.

Vor Juli seien Tests laut Gesundheitsministerium wegen des chaotischen Maskenmarktes nicht möglich gewesen. Beim Kauf habe die „Cellule logistique“ nicht unbedingt gewusst, von welchem Hersteller die Masken stammten, weil sie über Großhändler eingekauft worden seien. Die „Santé“ habe aber nur Produkte gekauft, deren Qualität mit Zertifikaten der Einhaltung der Normen belegt worden sei.

Blindes Vertrauen in Zertifikate

Es ist aber fraglich, ob die „Cellule logistique“ diese Zertifikate geprüft hat. Niederländische Journalisten gehen davon aus, dass im Fall „Jinlilais“ das vorgebliche Zertifikat vom Unternehmen „Vic Testing“ ausgestellt wurde. Auch bei Käufen von litauischen Behörden im März tauchte dieses Dokument auf. Es ist eine beeindruckend schlechte Fälschung. „Vic Testing“ ist nicht zur Prüfung von EU-Standards zugelassen. Zudem nennt das Dokument die falsche Norm für FFP2-Masken, wie die Journalisten von „Follow

the Money“ herausfanden. „Jinlilais“ war in China nicht zugelassen,
um Atemschutzmasken herzustellen.

Armeeminister François Bausch und Gesundheitsministerin Paulette Lenert beim Besuch im Cargocenter am 27. März 2020. (Foto: Etat-major de l'Armée)

Der zweite Hersteller - „Anhui Changli“ - erhielt am 16. März von der italienischen Prüfstelle „ECM“ ein „Certificate of Compliance“. Dieses Dokument ist jedoch irreführend. Das Labor ist nicht von der EU anerkannt, um Schutzausrüstung zu prüfen.

Von einem ähnlichen Dokument hatten sich die „Hôpitaux Robert Schuman“ täuschen lassen, wie REPORTER berichtete. Erst nachdem die private Krankenhaus-Gruppe mit den Recherchen von REPORTER konfrontiert wurde, ließen die Verantwortlichen die im „Large scale testing“ eingesetzten Masken ersetzen. Das OCCRP-Netzwerk deckte im Juli zahlreiche Fälle auf, in denen diese „Zertifikate“ für den Verkauf mangelhafter und gefälschter Masken genutzt wurden.

Die „Cellule logistique“ habe sich nicht von einem solchen Dokument täuschen lassen, heißt es auf Nachfrage vom Gesundheitsministerium. Die Erklärung der Behörde, dass man nicht direkt beim Hersteller gekauft hätte, ändert nichts an der Tatsache, dass die Santé auf Nachfrage ein Zertifikat hätte erhalten müssen. Es sind die Produzenten, die Zertifikate anfragen und den Zwischenhändlern zur Verfügung stellen.

Mangelhafte Kontrolle der Bestellungen

Die „Cellule logistique“ sieht keinen Fehler in ihrem Vorgehen. Die Behörden hätten jeweils geprüft, ob es zu der bestellten Ware eine Warnung im EU-System für Produktsicherheit „Rapex“ gegeben habe.

Doch in der aktuellen Pandemie versagt das „Rapex“-System, denn es ist extrem lückenhaft. Die Niederlande gaben die Warnung vor „Jinlilais“ etwa nicht weiter. Deutschland meldete über tausend fehlerhafte Maskenmodelle nicht, berichtete der „Bayerische Rundfunk“.

Im Übrigen meldete die zuständige Behörde Ilnas die unzureichenden Ergebnisse von „Jinlilais“ und „Anhui Changli“ ebenfalls noch nicht an „Rapex“ weiter. Luxemburg warnte bisher vor drei Maskenmodellen.

Ein Verbot, das ins Leere läuft

Nicht nur die „Santé“ hat Probleme mit nicht-konformen und mangelhaften Masken. Das Ilnas führte seit Ende Juni knapp 70 Kontrollen in Apotheken, Geschäften und Supermärkten durch, heißt es vom Wirtschaftsministerium. Trotzdem sind weiterhin nicht-konforme Masken im Verkauf.

Händler dürfen nur noch FFP2-Masken verkaufen, die der EU-Verordnung 2016/425 entsprechen, bestätigt das Wirtschaftsministerium auf Nachfrage von REPORTER. Die Ausnahmeregelung von Anfang April gilt nicht mehr. Während des „état de crise“ erlaubte die Regierung ebenfalls den Verkauf von Schutzausrüstung, die äquivalente Normen erfüllte - vor allem chinesische Ware.

Die Information zu diesem Verbot ist aber nicht überall angekommen. Der Supermarkt Cora bot bis Mitte der vergangenen Woche Masken an, die zwar ein CE-Kennzeichen trugen, aber nicht entsprechend EU-Standards gekennzeichnet waren. Vorgeschrieben ist die genaue Angabe der Norm und der offiziell anerkannten Prüfstelle, die die Einhaltung der Standards überprüft hat. Beides fehlt auf den Packungen der Marke „Oumyca“. Offenbar erfüllt das Produkt nur die chinesische Norm KN95. Cora nahm das Produkt nach der Nachfrage von REPORTER aus dem Regal, heißt es von der Pressestelle.

Nicht überall wo FFP2 draufsteht, ist auch FFP2 drin. (Foto: Eric Engel)

Auch die „Pharmacie du Globe“ im hauptstädtischen Bahnhofsviertel verkauft Masken, die nur den chinesischen Standard erfüllen. Der Apotheker Marc Bray hat wenig Verständnis für die strikte Auslegung der Regeln: „Was soll ich mit den Masken machen, die ich noch im

Lager habe? Soll ich sie vernichten?“, fragt er im Gespräch mit REPORTER.

Dass er Masken unter der Bezeichnung FFP2 verkauft, die nicht nach diesem Standard geprüft sind, hält er nicht für problematisch. Die Kunden wüssten, dass beides von gleicher Qualität sei. Außerdem seien weiterhin keine europäischen Masken auf dem Markt verfügbar, erklärt der Apotheker.

Ilnas warnt vor Geldbußen

Der Wildwuchs von zweifelhaften Angeboten machte auch vor den staatlichen Plattformen „Epi-covid.lu“ und „Letzshop“ nicht Halt. Bei den dortigen Maskenangeboten, die „dubios“ seien, seien temporäre Verkaufsverbote erteilt worden, die Prozeduren allerdings noch nicht abgeschlossen, erklärt das Wirtschaftsministerium. Die staatliche Agentur Luxinnovation, die „Epi-covid.lu“ betreibt, schrieb auf Nachfrage, dass sie nicht-konforme Angebote löschen werde.

Bis Redaktionsschluss waren aber weiterhin zweifelhafte Angebote auf „epi-covid.lu“ zu finden. Manche Händler machen keine Angabe zu den Normen, die die Masken erfüllen. Andere geben die chinesische Norm KN95 an. Verschiedene Angebote hängen irreführende „Zertifikate“ des Testlabors ECM an. Auf „Letzshop.lu“ verschwanden die zweifelhaften Angebote vergangene Woche nach und nach.

Das Ilnas verschärft indes die Tonart. In einer E-Mail wurden die Händler der Plattform „Epi-covid.lu“ darauf hingewiesen, dass die Behörde bei Verstößen Geldbußen verhängen oder strafrechtliche Schritte einleiten kann. Das Gesetz sieht Bußgelder von 250 bis 10.000 Euro vor, die strafrechtlichen Folgen gehen bis zu 500.000 Euro und drei Jahre Haft.

Große Nachsicht mit Anbietern

Noch hat das Anbieten gefälschter Produkte aber wenig Konsequenzen. Am 18. Juni warnte das Ilnas vor der Maske „FFP2 Nanosilber“ des vietnamesischen Herstellers Hanvico. „Das Produkt gibt ein Biozid- und Schutzpotenzial gegen Viruspartikel und andere Mikroorganismen vor, aber weder seine Filterkapazität wurde von den einschlägigen europäischen Gremien und Rechtsvorschriften zertifiziert noch seine Verwendung als Biozidprodukt zugelassen“, heißt es in der EU-weiten Warnung.

Die Bezeichnung FFP2 für die Stoffmaske war klar irreführend. Das Produkt wurde in Luxemburg unter anderem in Apotheken und der Supermarktkette Cactus verkauft. Cactus erhielt am 2. Juni vom Ilnas ein temporäres Verkaufsverbot, heißt es auf Nachfrage von REPORTER. Erst einen Monat später, am 2. Juli, versandte das Ilnas eine Pressemitteilung mit der Warnung. Die Käufer dieser Masken wurden aufgerufen, sie zu entsorgen und sich das Geld vom Händler erstatten zu lassen.

Doch das exakt gleiche Produkt kann man wieder im Cactus kaufen. Nur die Bezeichnung „FFP2“ und „Antimikrobiell“ musste die belgische Vertriebsfirma Essentiel entfernen. Am 30. Juni erhielt Cactus vom Ilnas die Freigabe zum Verkauf des neu verpackten Produkts. Es werde in Belgien häufig verkauft und habe alle Tests bestanden, reagierte der Geschäftsführer von Essentiel, Nicolas Plennevaux, auf die Frage von REPORTER.

Fehlende Informationen für Verbraucher

So wie die „Santé“ werden auch zahlreiche Verbraucher getäuscht. Sie zahlen zwischen vier und zehn Euro für eine Schutzmaske, die ihren Zweck in vielen Fällen nicht erfüllt.

Es fehlt an Informationen. Die temporären Verkaufsverbote des Ilnas sind nicht öffentlich, was für Verwirrung sorgt. Deutsche Behörden warnten etwa vor der Maske der Marke „LexusLance“. Wenig später tauchte das Produkt wieder in Luxemburger Apotheken auf. Der Grund: Die in Deutschland verkaufte Charge war mangelhaft, die in

Luxemburg verkauften Masken bestanden dagegen den Test. Das konnte jedoch kein Verbraucher wissen.

Für das Chaos wollen weder der Staat, noch die Händler die Verantwortung übernehmen. Dabei warnte die EU-Kommission im März, dass Masken, die EU-Standards nicht erfüllen, nicht in den allgemeinen Handel gelangen sollten. Nur bei staatlichen Bestellungen dürfe es Ausnahmen geben.

Die Regierung ignorierte dies und der Wirtschaftsminister Franz Fayot erließ am 2. April eine weitreichende Ausnahmeregelung. Seitdem ist der Geist aus der Flasche und lässt sich nicht mehr so einfach einfangen.